**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/6396**

**14. Wahlperiode** 22. 06. 2001

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**1. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Paul Breuer, Ulrich Adam, Sylvia Bonitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/5220 –**

**zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung**

**Die Bundeswehr der Zukunft, Feinausplanung und Stationierung**

**2. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/5236 –**

**zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung**

**Die Bundeswehr der Zukunft, Feinausplanung und Stationierung**

### A. Problem

Bewertung der Erklärung der Bundesregierung zur Zukunft der Bundeswehr, Feinausplanung und Stationierung

**Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU**

Sicherung der Einsatzfähigkeit und Auftragserfüllung der Bundeswehr auf der Basis der NATO- und EU-Verpflichtungen durch Erhöhung der finanziellen Ausstattung, Aussetzung der Verringerung des Personalumfanges sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich, Beibehaltung der Wehrpflicht, Gewährleistung der Wehrgerechtigkeit, Erhalt der Präsenz der Bundeswehr in der Fläche und Unterstützung der von Standortreduzierungen oder -schließungen betroffenen Standorte und Regionen.

**Entschließungsantrag der Fraktion der PDS**

Abrüstung statt Umstrukturierung der Bundeswehr durch Aufstellung eines kohärenten Abrüstungs- und Konversionskonzeptes, Schaffung eines Amtes für Abrüstung und Konversion, Einrichtung eines Konversionsfonds, finanzielle

und strukturelle Unterstützung der vom Abbau der Bundeswehr betroffenen Länder und Kommunen und Einräumung des Vorrangs kommunaler Planungen im Rahmen der Verwertung nicht mehr benötigter Bundeswehrliegenschaften (PDS).

## B. Lösung

Ablehnung der Entschließungsanträge

**Der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/5220 wurde gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktionen im Übrigen abgelehnt**

**Der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/5236 wurde gegen eine Stimme der Fraktion der PDS mit den Stimmen der Fraktionen im Übrigen abgelehnt**

## C. Alternativen

Keine

## D. Kosten

Keine

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag – Drucksache 14/5220 – abzulehnen,

2. den Entschließungsantrag – Drucksache 14/5236 – abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2001

**Der Verteidigungsausschuss**

| | | |
|---|---|---|
| **Helmut Wieczorek (Duisburg)**<br>Vorsitzender | **Peter Zumkley**<br>Berichterstatter | **Paul Breuer**<br>Berichterstatter |

# Bericht der Abgeordneten Peter Zumkley und Paul Breuer

## I. Überweisung

Die Entschließungsanträge auf Drucksachen 14/5220 und 14/5236 wurden in der 150. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Februar 2001 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

## II. Stellungnahmen der mit beratenden Ausschüsse

Zu 1

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 14. Februar 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 63. Sitzung am 7. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 67. Sitzung am 14. Februar 2001 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen im Übrigen dem federführenden Verteidigungsausschuss die Ablehnung empfohlen.

Zu 2

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 14. Februar 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 63. Sitzung am 7. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 67. Sitzung am 14. Februar 2001 beraten und mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion der PDS die Ablehnung empfohlen.

## III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat die Entschließungsanträge auf Drucksachen 14/5220 und 14/5236 in seiner 74. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und beschlossen, den Antrag auf Drucksache 14/5220 gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktionen im Übrigen und den Antrag auf Drucksache 14/5236 gegen eine Stimme der PDS mit den Stimmen der Fraktionen im Übrigen abzulehnen.

In der Begründung ihres eigenen Antrages wies die **Fraktion der CDU/CSU** darauf hin, dass die Bundeswehr aufgrund ihrer anhaltenden Unterfinanzierung derzeit nicht in der Lage sei, den aus der bündnispolitischen Verantwortung der Bundesregierung heraus an sie gestellten Anforderungen und Aufgaben gerecht zu werden. Die von der Bundesregierung eingeleitete Bundeswehrreform leide insbesondere wegen der nicht ausreichenden Finanzierung an der notwendigen Berechenbarkeit und Transparenz. Sie führe dadurch zu einer erheblichen Demotivation der Truppe. Angesichts der geplanten Reduzierung der Dienstposten für Wehrpflichtige stehe die Wehrgerechtigkeit auf dem Spiel. Darüber hinaus lasse die Bundesregierung die von der Reduzierung der Bundeswehr betroffenen Gemeinden im Stich, weil sie ihnen keine Mittel zur Bewältigung der mit Standortreduzierungen und Standortschließungen verbundenen Probleme zur Verfügung stelle. Die Bundesregierung setze bei ihrer Reform auf das Prinzip Hoffnung, die Realität dagegen sei trist, sowohl in der Truppe als auch in der Verwaltung und bei den betroffenen Gemeinden. Wie dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegengewirkt werden könne, zeige der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf. Der Antrag der PDS ziele auf die Abschaffung der Bundeswehr und müsse allein aus diesem Grunde abgelehnt werden.

Die **Koalitionsfraktionen** wiesen demgegenüber darauf hin, dass die Bundesregierung mit der jetzt eingeleiteten Reform die notwendigen Schritte zur Umstrukturierung der Bundeswehr vor dem Hintergrund des veränderten sicherheitspolitischen Umfeldes und der daraus abzuleitenden Anforderungen an die Struktur und die Ausrüstung deutscher Streitkräfte eingeleitet habe. Die daran von der Opposition geübte Kritik sei in weiten Teilen nicht nachvollziehbar und werde auch von der Fachwelt nicht geteilt. Über Konversionen nachzudenken, sei grundsätzlich sinnvoll. Wenn sie aber wie im Falle des Entschließungsantrages der PDS auf einen Abzug der Bundeswehr vom Balkan und letztlich eine Abschaffung der Bundeswehr abziele, dann sei sie keine Friedenspolitik, sondern schüre bestehende Konflikte und gefährde den Prozess der Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa. Aus den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ergäben sich die notwendigen Schritte zur Umstrukturierung der Bundeswehr, die die Bundesregierung mit ihrer Reform jetzt eingeleitet habe. Zu dem Struktur- und Stationierungskonzept der Bundesregierung gebe es auf Seiten der CDU/CSU weder eine einheitliche, noch eine überzeugende Alternative. Mit dem Standortkonzept habe die Bundesregierung einen tragfähigen Kompromiss zwischen betriebswirtschaftlich notwendigen Standortschließungen und dem Anspruch der Bundeswehr, auch weiterhin in der Fläche präsent zu sein, gefunden. Die strukturpolitische Unterstützung der von Standortreduzierungen bzw. Standortschließungen betroffenen Regionen

und Gemeinden falle in die Zuständigkeit der Länder. Im Übrigen habe der Bund mit der Erhöhung des Anteils der Länder an der Mehrwertsteuer seinen Beitrag zum Ausgleich struktureller Einbußen durch die Verkleinerung der Bundeswehr bereits geleistet.

Die **Fraktion der F.D.P.** räumte ein, dass eine Umstrukturierung der Bundeswehr notwendig sei. Ihr fehle es aber an der dazu notwendigen und bereits von der Weizsäcker-Kommission geforderten Anschubfinanzierung. Die Unterfinanzierung der Bundeswehr werde inzwischen auch schon von Abgeordneten der Fraktion der SPD sowie dem Generalinspekteur und den Inspekteuren der Teilstreitkräfte beklagt. Die Debatte über die Wehrpflicht, an der die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen festhalten wollten, werde weitergehen. Aus Sicht der Fraktion der F.D.P. sei sie wegen der nicht mehr zu gewährleistenden Wehrgerechtigkeit nicht mehr zu halten. Darüber hinaus bedürften die von der Umstrukturierung der Bundeswehr betroffenen Kommunen finanzieller Unterstützung in Form eines Sonderprogrammes.

Die **Fraktion der PDS** hob hervor, dass die zur Erklärung der Bundesregierung vorliegenden Anträge Ausdruck der fehlenden Abstimmung der von der Bundesregierung geplanten Reform mit dem Parlament seien. Die Fraktion der PDS fordere keinen Abzug der NATO vom Balkan, sondern die Auswechselung des NATO-Kontingents gegen Truppen der Vereinten Nationen. Im Übrigen müsse die notwendige Reform der Bundeswehr nicht nur zu einer Umstrukturierung, sondern einer echten Abrüstung genutzt werden. Die dazu erforderlichen Maßnahmen, insbesondere zu einer nachhaltigen Stärkung und Ausweitung von Konversion seien in dem Entschließungsantrag der Fraktion der PDS genannt.

Berlin, den 21. Juni 2001

| | |
|---|---|
| **Peter Zumkley** | **Paul Breuer** |
| Berichterstatter | Berichterstatter |



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333